

DER KOMMUNEN-PODCAST

Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen

kommune360.de/kommunenpodcast

Staffel 1 | Blickpunkt Kinder- und Jugendbeteiligung

Folge 4 | 21.12.2021

Kinderbeteiligung – was ganz anderes?



DER KOMMUNEN-PODCAST ist ein Podcast von Kommune 360°, einer Initiative von PHINEO, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis Stiftung. Die erste Staffel entsteht in Zusammenarbeit mit dem Programm "Jugend entscheidet" der gemeinnützigen Hertie Stiftung und wird zusätzlich gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Der Kommunen-Podcast – Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen.

„Ich denke, dass es dringend notwendig ist, Kinder und Jugendliche einzubeziehen. Da gibt es ja auch schlicht ein Recht drauf.“ (Miriam Zeleke)

„Diese Freude, dass man ihnen das ermöglicht, also, es war auch teilweise wirklich Gänsehaut-Feeling.“ (Michaela Ungerer)

„Die Eltern sehe ich eher als jemand, der sich selbst vertritt. Sie müssen ermöglichen, dass die Kinder Zugang haben zur demokratischen Beteiligung und sie sollen nicht, aus meiner Sicht, nicht stellvertretend für die Kinder sprechen.“ (Benedikt Sturzenhecker)

„Es war die Kreativität der Kinder. Es war diese Tiefe, mit der sie das Thema auch wirklich entwickelt haben.“ (Michaela Ungerer)

Annegret Richter: Herzlich willkommen zu einer neuen Folge von *Der Kommunen-Podcast, Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen*. Mein Name ist Annegret Richter und ich freue mich, dass Sie dabei sind. Kinder und Jugendbeteiligung, das ist das Thema dieser Staffel unseres Podcasts. Aber kann man Kinder und Jugendliche eigentlich

gleichbehandeln, wenn es um Beteiligung geht? Da scheint es doch Unterschiede zu geben. Und deswegen widmen wir uns heute explizit der Beteiligung von Kindern, also jungen Menschen im Kita- und Grundschulalter. Und die haben ein ganz konkretes Recht auf Beteiligung. Im Kinder- und Jugendhilfegesetz heißt es heute schon, dass Kinder und Jugendliche entsprechend ihres Entwicklungsstands an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen sind. Aber was bedeutet das, entsprechend ihres Entwicklungsstands? Gibt es überhaupt eine Altersuntergrenze für Kinderbeteiligung und wie genau können Kinder ihre Rechte wahrnehmen? Welche Rolle spielen Verwaltung, Politik oder auch die Eltern? Diesen und anderen Fragen wollen wir heute genau auf den Grund gehen. Und dafür habe ich mir zwei Gäste eingeladen. Das ist einerseits Frau Miriam Zeleke. Sie ist nicht nur Beauftragte für Kinder- und Jugendrechte des Landes Hessen, sondern kennt auch aus ihrer vorherigen Tätigkeit in Weiterstadt die kommunale Praxis. Hallo, Frau Zeleke.

[02:11]

Miriam Zeleke: Hallo! Schön, dass ich da sein darf.

[02:13]

Annegret Richter: Und ebenfalls zu Gast ist Professor Doktor Benedikt Sturzenhecker. Er leitet den Arbeitsbereich Sozialpädagogik an der Universität Hamburg. Zwischen 1989 und 2002 war er außerdem Referent für Kinder- und Jugendarbeit beim

Landschaftsverband Westfalen-Lippe. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen, Herr Sturzenhecker.

[02:33]

Benedikt Sturzenhecker: Guten Tag!

[02:34]

Annegret Richter: Und natürlich wollen wir in unserer Rubrik *Nachgefragt* wieder einen Blick in die Praxis werfen. Heute hören wir von Michaela Ungerer, wie bei ihr im baden-württembergischen Remchingen Kinderbeteiligung funktioniert. Herr Sturzenhecker, Frau Zeleke, Sie beschäftigen sich ja schon lange mit der Kinder- und Jugendbeteiligung. Wie kam es denn dazu, dass Sie sich mit diesem speziellen Thema beschäftigt oder auseinandergesetzt haben? Denn die Erziehungswissenschaft oder auch die Sozialpädagogik ist ja ein breites Feld. Und diese *Kinder- und Jugendbeteiligung* ist ja auch eine sehr spezielle Thematik.

[03:09]

Miriam Zeleke: Das hat mit Sicherheit etwas damit zu tun, was so meine theoretische Grundlage und Heimat ist. Ich habe mich im Studium irgendwann der Kindheitsforschung zugewandt und da ist Kinder- und Jugendbeteiligung natürlich ein zentrales Moment. Da geht es nämlich darum, dass man auf einmal - naja, nicht ganz auf einmal - angefangen hat, nicht mehr über Kinder zu sprechen und nicht mehr über Jugendliche zu sprechen, sondern mit ihnen. Also, immer dann, wenn man geforscht hat, waren nicht mehr die Eltern die Ansprechpartner:innen für die Einstellung der Kinder und Jugendlichen, sondern es erfolgte ein Paradigmenwechsel hin zu: Wir fragen Kinder und Jugendliche selbst. Und da habe ich, glaube ich, gar nicht mal so bewusst reflektiert, dass ich mich mit Jugendbeteiligung befasse, sondern das ist mir dann eher in die Haltung übergegangen. Natürlich spreche ich mit denjenigen, die es betrifft selbst als Expert:in ihrer Lebenswelt. Und das ist ja letztendlich auch noch nicht Beteiligung selbst, aber Beteiligung ist die logische Schlussfolgerung daraus. Insofern glaube ich, dass das der Zugang dazu war.

[04:20]

Annegret Richter: Herr Professor Sturzenhecker, wie ist denn Ihr Zugang zur Kinder- und

Jugendbeteiligung gewesen, wie sind Sie auf das Thema gekommen?

[04:28]

Benedikt Sturzenhecker: Darauf bin ich als Kind gekommen. Ich bin, seitdem ich acht Jahre alt war, im Jugendverband und erinnere mich, dass ich als Zehnjähriger, in der Sexta damals (im Gymnasium) einen Artikel in der Schülerzeitung geschrieben habe. Da habe ich einfach nur beschrieben, was der Lehrer mit uns im Unterricht gemacht hat. Es gab einen Riesenskandal. Ich habe das gar nicht kommentiert, es war einfach nur so deutlich wie super blöd das war. Da habe ich aber gemerkt, dass eine Chance besteht, wenn man als Kind irgendwie die Stimme erhebt und aufmuckt. Und das ist etwas, was man im Jugendverband sowieso macht. Die Stimme erheben, sich beteiligen, demokratisch mitentscheiden. Und das habe ich immer super gefunden, seit dieser Erfahrung. Und dann habe ich das zu meinem Beruf und meinem beruflichen Thema gemacht.

[05:20]

Annegret Richter: Und stellen Sie denn fest, dass Kinder das von selbst auch wollen oder dass sie erst dazu befähigt werden müssen? Sie haben ja gesagt, Sie hatten dann das Bedürfnis, diesen Artikel zu schreiben. Aber haben Sie auch das Gefühl, dass es manchmal so den Anschlag von außen braucht, zu sagen: „Hey, kommt, ihr dürft da mitmachen?“

[05:38]

Benedikt Sturzenhecker: Alle Menschen wollen ihren Blickwinkel, ihre Bedürfnisse, ihre Interessen ins Soziale einbringen. Sie wollen das, was man denn zusammen macht, mit den anderen aushandeln. Und die wollen darin beteiligt, anerkannt, inkludiert sein. Das wollen Kinder auch. Das Schlimme ist eher, dass wir es anscheinend schon ab der frühen Kindheit verlernen, uns einzubringen, zu sagen, wie es uns geht, in Kooperation und Aushandlung mit den anderen zu treten. Die Forschung zeigt deutlich, dass Kinder solche Kooperationen fast ab Geburt können und auch betreiben. Sie sind sozial und sie sind kooperativ, sie bringen sich ein. Es ist eher das Problem, dass ihnen das ausgetrieben wird, als dass man sie dazu motivieren müsste. Wenn man ihnen die Möglichkeiten gibt, dann bringen sie sich auch ein.

[06:32]

Annegret Richter: Das heißt, Sie sehen schon, dass Kinderbeteiligung etwas ureigenes ist, das Kinder seit Geburt an können, wenn sie es eben nicht verlernt bekommen?

[06:43]

Benedikt Sturzenhecker: Ja, das können Menschen. Ab ihrer Geburt sind sie in Interaktion, immer in einer Gegenseitigkeit mit dem Gegenüber. Man kann sozusagen nicht gestillt werden, ohne Kommunikation zwischen Mutter und Kind. Die müssen aushandeln, wie das denn zusammen gehen kann. Und dann sieht man in der Forschung deutlich, ab einem Alter von neun Monaten behandeln Kinder andere Menschen als intentional. Sie gehen also davon aus, dass die Absichten haben, dass die etwas wollen. Das bedeutet, die Kinder müssen sich auch selbst als intentional, als absichtsvoll wahrnehmen. Und sie unterstützen die Intentionen der anderen durch Kooperation. Das heißt, auch ohne Sprache verstehen sie das Soziale, dass man zusammenarbeiten muss und bringen sich in diese Zusammenarbeit handelnd ein. Und damit ist die Basis sozusagen mindestens ab neun Monaten gelegt, dass sie das können. Und natürlich geht es da um die Fragen, die dann junge Kinder eben betreffen. Beim Stillen geht es darum, satt zu werden. Und dass es in einer schönen, gemütlichen Atmosphäre geschieht und dass man miteinander irgendwie klarkommt. Und ab neun Monaten geht es darum, wie man krabbeln kann und welche Spielzeuge man vorfindet und so weiter. Immer geht es beim Menschen, bei allen Menschen, um ihre aktuelle Betroffenheit. Wie sie leben, welche Möglichkeiten sie da haben, was in der Kooperation mit den anderen verbessert werden muss, dass es einem selber gut geht, dass es der Gemeinschaft gut geht. Und das sehen Menschen und das bringen sie auch ein. Diese Themen, die sie aufgrund der Betroffenheit einbringen, die sind natürlich von ihren Lebensverhältnissen bedingt. Babys kümmern sich nicht um die Energiewende. Da muss ich nicht mit ankommen, sondern ich muss dabei ansetzen, was die jungen Kinder wirklich in ihrem Leben, in ihrem Alltag angeht. Und dazu haben sie eine Position, da haben sie Expertise und das können sie auch mitbestimmen und mitdiskutieren.

[08:49]

Annegret Richter: Wie ist das denn, Frau Zeleke, wenn wir über kommunale Entscheidungsprozesse sprechen. Aus Ihrer Sicht: Ab welchem Alter ist denn Kinderbeteiligung möglich? Also, ich stelle mir das gerade schwierig vor, Babys in einem kommunalen Prozess zu beteiligen oder geht das auch?

[09:04]

Miriam Zeleke: Ich würde denken, dass das zum einen was damit zu tun hat, wie man mit Kindern in Kommunikation tritt und später steigen halt die Anforderungen an die gewachsene Person, die da gerne was rausfinden möchte. Sich nämlich auf die kindlichen Eigenarten einzulassen und das, was eben möglich ist und welche Wege der Kommunikation auch gemeinsam gefunden werden können. Aber zum anderen denke ich tatsächlich auch, dass das dringend notwendig ist, Kinder und Jugendliche einzubeziehen, auch bei kommunalen Strategien und Entwicklungen. Da gibt es ja auch schlicht ein Recht drauf. In Hessen gibt die hessische Gemeindeordnung vor, dass Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Fragen zu beteiligen sind. Das kann sehr umfassend sein. Ich denke, dass es auch nachhaltig ist, das zu tun. Und dass man gut daran tut, mit Kindern und Jugendlichen darüber ins Gespräch zu kommen, mit unterschiedlichen Strategien und Methoden Einblicke in ihre Lebenswelt zu erlangen. Das kann bei älteren Kindern eine Sozialraumbegehung sein, das kann aber auch teilnehmende Beobachtung bei Jüngeren sein. Also ganz unterschiedlich, um herauszufinden, was die Bedürfnisse der Jüngeren sind, um sie so in planerische Aktivitäten mit einzubinden.

[10:25]

Annegret Richter: Das heißt, wenn ich das richtig verstehe, es ist immer gut, wenn man ein konkretes Projekt hat oder in dem Prozess dort die Kinder und Jugendlichen in die Beteiligung mit einbezieht oder ihnen die Chance auf Beteiligung gibt?

[10:41]

Miriam Zeleke: Ja und nein. Mit Sicherheit sind es die konkreten Projekte. Da muss man aber gleichwohl sagen, dass das manchmal auch ein bisschen hanebüchen ist, wenn Kinder und Jugendliche sich zum Beispiel für eine BMX-Bahn einsetzen und es dann in kommunalen Prozessen so lange dauert, dass dann letztlich die Kinder von den Kindern, die

sich für die BMX-Bahn eingesetzt haben, die BMX-Bahn erst nutzen können. Das ist natürlich ein kleines Drama. Also muss man schon auch gucken, wie man solche Prozesse so gestaltet, dass Kinder und Jugendliche eine gewisse Wirksamkeit erleben. Und diese Wirksamkeit muss nicht bedeuten, dass da jetzt die BMX-Bahn steht, sondern dass sie die Erfahrung machen, mit ihren Anliegen gehört und wahrgenommen zu werden. Damit geht es mal los. Aber gleichwohl ja auch mit der Sicherheit, dass neben den Abläufen von kommunalen Beteiligungsprozessen auch die Rückmeldung auf jeden Fall unmittelbar erfolgen muss.

[11:35]

Annegret Richter: Herr Sturzenhecker, Sie wollten etwas dazu sagen?

[11:38]

Benedikt Sturzenhecker: Wir haben ja immer zwei Perspektiven. Ihre Frage ist sozusagen aus der Sicht „von oben“ gestellt. Und das ist manchmal auch nachvollziehbar. Manchmal will oder muss die Kommune ja etwas in Fragen unternehmen, die Kinder und Jugendliche angehen. Ich wüsste im Moment gar nicht, welche Fragen sie eigentlich nichts angehen, die sie nicht betreffen. Mit Blick auf den Planungsprozess muss die Kommune aber dann wissen, wie sich die Bürgerinnen und Bürger, die Betroffenen vor Ort also, zu diesem Prozess stellen. Und da muss man auch Kinder und Jugendliche beteiligen. Wir hatten jetzt aber auch im Beispiel mit der BMX-Bahn Beteiligung von unten. Da kommen Themen von Kindern und Jugendlichen, die Wünsche haben. Die stellen Forderungen, die haben Ideen, wie man das machen kann. Meine Perspektive wäre auch auf junge Kinder, also nach unten zu schauen und zu fragen, wie die in ihrem Leben denn die Kommune wahrnehmen, wo die überhaupt Kommune brauchen in einer solchen Situation. Und das, finde ich, kann man bis zum vierten Lebensjahr vielleicht so ein bisschen stellvertretend machen. Wenn man so will, die Kinder in den Kinderwagen packen und durch die Kommune schieben und sich überlegen: Was ist eigentlich für Kinder im Krippenalter in der Kommune wichtig? Sozusagen von null bis drei. Und die älteren Krippis aus der Kita kann man schon mitnehmen. Die haben schon Kommentare und sagen: „Das ist hier schön“ oder „das gefällt mir nicht“

oder „das ist ein toller Spielplatz.“ Ich würde mal sagen, bis drei kann man sich durch gemischte Verfahren teilweise in deren Position hineinversetzen und mal die Kommune aus deren Blickwinkel betrachten. Sie dabei mitnehmen, damit sie mitkriegen, dass das passiert. Und ab drei kann man sie auch fragen, wie es ihnen mit kommunalen Fragen geht. Und da wird sie nicht alles interessieren, was eine Kommune wichtig findet, wichtig finden muss und was sie auch gerne an Kinder und Jugendliche herantragen will. Das muss man durchaus vermitteln. Da gibt es Zukunftsthemen, die sehr schwierig sein können, an Dreijährige zu vermitteln. Ich glaube, es gibt auch Grenzen, wo das nicht klappen wird. Dass ich mich überhaupt frage bei einem Zukunftsthema, z.B. der Planung eines neuen Busbahnhofs: Wo sind die Dreijährigen, wann sind die Dreijährigen sechs, wann müssen die mit dem Bus wohin? Selbst, wenn die Kinder nicht da sind und mein Angebot, sich an der Busbahnhofplanung zu beteiligen, nicht von denen aufgenommen wird, kann trotzdem deren Perspektive vertreten sein.

[14:22]

Annegret Richter: Was Sie beschreiben, ist jetzt auch eine Haltung, die auch von den Erwachsenen, vor allem von ihnen selber kommen muss, wie man Kinder- und Jugendbeteiligung versteht?

[14:31]

Benedikt Sturzenhecker: Genau. Frau Zeleke, wollen Sie erst was dazu sagen?

[14:35]

Miriam Zeleke: Naja, das kann man ja unterstreichen, Beteiligung ist keine Abhakliste, nach der man verfährt und sagt: „Na, haben wir gemacht, Sozialraumcheck, haben wir gemacht.“ Das ist mit Sicherheit am allermeisten noch eine Frage der Haltung. Nämlich zu verstehen, dass nachhaltige politische Strategieentwicklung unbedingt auf beteiligenden Prozessen basiert. Das eine und das andere. Dass wir eine UN-Kinderrechtskonvention haben, die auf der Ebene des Bürgerlichen Gesetzbuches steht, dass wir - je nachdem, in welches Land wir gucken - die Beteiligungsrechte in der Verfassung haben, aber auch in den Gemeindeordnungen oder Gemeindeverfassungen. Das heißt, es ist kein Schönwetterrecht, sondern da steht jungen Menschen wirklich etwas zu. Und das haben wir jetzt auch schon bei

der Vorrede gehört, es braucht wirklich einen komplexen Methodenkoffer, um das auch in die Umsetzung zu bringen. Ich denke, dabei brauchen auch Kommunen dringend Unterstützung, Strategien und Methoden zu wissen und zu erfahren, um das auch tatsächlich umsetzen zu können.

[15:43]

Benedikt Sturzenhecker: Ja, genau, das sehe ich auch so. Das fand ich sehr wichtig, Frau Zeleke, dass Sie noch mal auf die Rechte hingewiesen haben. Denn ich finde, es ist nicht so sehr eine Frage der Haltung, sondern vor der Haltung ist es eine Frage der Rechte. Frau Zeleke, Sie haben die Methoden angesprochen. Ich würde sagen: Verfahren. Und dazu gehören dann auch Methoden im Einzelnen. Wir haben die hessische Gemeindeordnung gehört. Kinder haben dieses Recht auf Beteiligung an allen Fragen, die sie betreffen. In vielen anderen Bundesländern ist es ähnlich. In Hamburg und Schleswig-Holstein zum Beispiel ist es auch so. Also müssen wir ihr Recht umsetzen. Und das ist etwas ganz anderes, als nur eine Haltung zu haben.

(**Annegret Richter:** ... [16:24])

Haltungen sind wandelbar, sie sind wechselhaft. Aber die Wahrnehmung von Rechten und die Festlegung von Verfahren, wie ich denn bei Beteiligungsfragen auf Dreijährige zugehe, wenn ich ganz klar strukturell festlege, wie ich das machen will, dann ist es viel sicherer in der Umsetzung eines solchen Rechts, anstatt das nur von den variablen Haltungen der Erwachsenen abhängig zu machen.

[16:48]

Annegret Richter: Nun hatten Sie ja schon erwähnt, in Hessen ist es schon verbrieft. Die neue Bundesregierung hat sich selbst im Koalitionsvertrag zur Stärkung von Kinderrechten verpflichtet und will das auch im Grundgesetz verankern. Was bedeutet es aber für die Kommunen, dieses Recht tatsächlich zu implementieren? Ich glaube, bei vielen ist das in der Verwaltung noch gar nicht so angekommen, wo es das eigentlich schon sein sollte, oder?

[17:12]

Miriam Zeleke: Es ist ja im Grunde so - dahin geht ja auch die Debatte -, dass man es wirklich auf der höchst normativen Ebene braucht. Und da gibt es unterschiedliche Gutachten, die unterschiedliches

belegen oder zu belegen meinen. Dann geht es um die Formulierung, um die Subjektstellung des Kindes, dann geht es darum, an welcher Stelle im Grundgesetz dann eine entsprechende Formulierung verortet sein könnte, nämlich staatliches Rechtsamt oder nicht und so weiter und so fort. Die große Hoffnung, die sich daran knüpft, ist, dass eine Verortung der Kinderrechte oder der Beteiligungsrechte in der höchst normativen Ebene, nämlich im Grundgesetz, auch dazu führt, dass das Wissen um die Kinderrechte und um die Notwendigkeit, Kinderrechte in die Umsetzung zu bringen, präsenter wird und man insofern hofft und davon ausgeht, dass einfach das auch mehr in die Rechtsanwendung findet. Die Hoffnung, die finde ich gar nicht verkehrt, sondern durchaus sehr relevant und auch begründet. Und es wäre zu vermuten, dass dann auch tatsächlich entsprechendes eintreten kann.

[18:17]

Annegret Richter: Nun haben wir darüber gesprochen, dass es für Kinder und Jugendliche auch das Recht auf Beteiligung gibt. Es gibt aber trotzdem viele Vorbehalte von Erwachsenen gegenüber Kinderbeteiligung. Begegnet Ihnen das in der Praxis? Und wenn ja, wie sieht das aus und wie kann man das auflösen?

[18:32]

Miriam Zeleke: Mir nicht. (lacht) Ich bin aber ja auch bekennendermaßen Lobbyistin. Insofern treffe ich häufig tatsächlich eher auf die Leute, die gerne wollen und gerne ein bisschen Hilfe wollen beim: „Und wie kriegen wir es gut hin und was gibt es denn Gutes?“ Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, Herr Sturzenhecker?

[18:52]

Benedikt Sturzenhecker: (lacht) Ja, ich finde, das gibt es doch immer mal wieder in Projekten. Das ist aber für mich auch manchmal nachvollziehbar. Zum Beispiel Kommunalpolitiker:innen, die mit Kindern oder Jugendlichen so in ihrem Alltag wenig zu tun haben, die wissen erst mal nicht, wie die denn einzuschätzen sind, wie sie kommunizieren, wie mit uns reden? Werden die aggressiv sein, werden sie ganz ultimative Forderungen stellen und so weiter. Diese Verunsicherung verstehe ich erst mal. Und häufig wird eben von Kindern und Jugendlichen nicht angenommen, dass sie hochvernünftige, das heißt

argumentierende und auf Gegenseitigkeit bezogene Verhandlungspartner:innen sind. Das können sie aber. Gerade bei der Politik stelle ich immer wieder fest, dass jemand sagt: „Wir haben uns so toll verständigt, das ist ja super, wie man mit denen reden kann.“ Wie die erstaunt sind, dass sie Dreijährigen, Vierjährigen aus der Kita Projekte vorstellen und Pläne erläutern und das alles vermitteln können. Das sagt ja Frau Zeleke auch, wenn man damit direkt zu tun hat, dann merkt man, dass Kinder und Jugendliche das können. Und deshalb glaube ich, ist es für die Erwachsenen, die erst mal Vorteile haben, wichtig, dass sie überhaupt in eine solche Gegenseitigkeit reinkommen und sich kennenlernen. Dann merken sie, dass man auch mit schon ganz jungen Kindern und natürlich auch mit Jugendlichen gemeinsame Interessen verhandeln und zu fairen Lösungen kommen kann. Viele Fiesigkeiten, die man sich in der Kommunalpolitik untereinander zumutet, die kennen die gar nicht. Und die verwenden sie gar nicht. Sie sind hoch konstruktiv und kooperativ.

[20:37]

Miriam Zeleke: Genau. Und an dieser Stelle finde ich, dass Kinderbeteiligung auch manchmal dazu führt, dass die Erwachsenen sich mehr am Riemen reißen und gucken, wie sie miteinander kommunizieren. Und dass manches halt eben nicht mehr geht. Das habe ich durchaus auch schon erlebt. Genauso wie die Frage: „Und was kostet das? Wir möchten gerne ein Jugendparlament, wie viel müssen wir dafür in unserem kommunalen Haushalt einplanen?“ Dass das eine durchaus relevante Frage ist, das kann ich verstehen. Gleichzeitig komme ich dann immer mit meinem Beispiel der Europäischen Union: Jeder EU-Abgeordnete hat das Recht, den EU-Debatten in seiner Sprache zuzuhören beziehungsweise sich einzubringen. Das heißt, es gibt 24 Sprachen, die gesprochen werden und das heißt auch, dass es eine Sprachkombination von 554 Sprachen gibt, die bei jeder EU-Debatte simultan übersetzt werden. Es zweifelt auch niemand daran, dass das richtig ist, aber es kostet auch Geld.

[21:39]

Annegret Richter: Sie haben es ja gerade angesprochen. Wie sollte denn so ein Prozess aussehen, Jugend- und Kinderbeteiligung tatsächlich auch ernsthaft in der Kommune zu implementieren? Weil

es ja doch schon Unterschiede mit Blick auf Methodik, Sprache oder Betreuung seitens der Verwaltung geben sollte. Da ist ja durchaus noch ein anderer Anspruch mit dabei. Wie sehen Sie das, Herr Sturzenhecker oder Frau Zeleke? Wer immer jetzt antworten möchte.

[22:05]

Benedikt Sturzenhecker: Ich fange mal an. Ich habe erst mal wieder die Perspektive von unten nach oben. Das bedeutet aber, dass die pädagogischen Institutionen in der Kommune beteiligt werden müssen. Das war damals wie bei uns in Schleswig-Holstein - das Land ist ja in kommunalen Partizipationsfragen durchaus sehr stark vorangegangen. Wir haben Projekte gesehen, wo das in der Kommune versucht wurde und dabei merkten wir immer, dass die pädagogischen Einrichtungen da nicht beteiligt sind. Wir kommen an manche Kinder und Jugendliche gar nicht ran, weil wir nicht in den Einrichtungen sind. Und daraus wurde dann gefolgert, dass wir zum Beispiel in die Kita überhaupt erst mal demokratische Partizipation einführen müssen, dass die Kinder das in ihrem Alltag erleben, dass sie dann auch den Übergang in die Kommune machen können. Das heißt, ohne eine solche Demokratisierung der pädagogischen Organisationen und eine Kooperation zwischen denen und der Kommune in Partizipationsfragen geht das meines Erachtens nicht. Also muss man runter in die Organisationen, wo die Kids wirklich sind. Und dann würde ich von unten immer schauen, dass diese Organisationen etwas dafür tun, dass eine Binnendemokratie existiert. In den Organisationen muss die gemeinsame Lebensführung zusammen mit den Kindern und Jugendlichen demokratisch bestimmt werden und sie müssen schauen, welche Themen die Kinder und Jugendlichen denn in der Kommune außerhalb der Kita wahrnehmen. Welche Interessen haben sie dort, was sind das überhaupt für Orte und für Probleme? Zum Beispiel der Weg zur Kita, da ergeben sich viele Perspektiven von Kindern darauf. Das müssen die Fachkräfte auch auf Veranlassung der Kommune mit den Kindern erheben. Und dann stellt man Themen und Interessen fest, die sozusagen von unten in die kommunale Beteiligung eingebracht werden können. Andererseits habe ich gesagt, gibt es Themen, die die Kommune auch besprechen will. Klar, muss sie. Und dann würde ich das immer so machen, erst mal auch mit

den Einrichtungen und mit Kindern und Jugendlichen sprechen, bevor ich den ganzen Beteiligungsprozess schon methodisiere und sage, wie der laufen soll. Erst mal mit den Betroffenen sprechen: „Hallo, das kommt auf uns zu, das ist im Moment unser Problem. Wie würdet ihr denn da mitsprechen, was wäre denn gut für euch, wie müssen wir das machen, damit ihr als Drei- oder Vierjährige da mitreden könnt? Wie muss das sein?“ Sozusagen auch die Gestaltung noch mal an Gewährsleute, an Schlüsselpersonen von unten zu binden und erst von daher zu planen.

[24:45]

Annegret Richter: Frau Zeleke, wollten Sie noch dazu antworten?

[24:48]

Miriam Zeleke: Ja, kein Widerspruch und auch kein Einspruch. Ich finde aber, dass es zum einen ziemlich schön aufzeichnet, wie komplex das ist. Aber auch wie gewinnbringend für eine ganze Organisation oder für eine ganze Gemeinschaft. Und die Gemeinschaft kann eine Kita sein, eine Kita-Gesellschaft, aber auch eine Kommune beziehungsweise eine kommunale Verwaltung. Ich finde, dass hier noch mal schön deutlich wurde, dass Beteiligung ja auch nicht bei den Kindern aufhört. Sie fängt da nicht nur an und sie hört da nicht nur auf. Sondern das ist eine Art und Weise, wie Menschen miteinander arbeiten können. Und das ist das Potenzial für ganze Organisationen, sich zu entwickeln. Das, finde ich, ist mir beim Zuhören noch mal so deutlich geworden.

[25:28]

Annegret Richter: An dieser Stelle wollen wir einmal nach Remchingen schauen. Die Gemeinde zwischen Karlsruhe und Pforzheim hat knapp 12.000 Einwohner. Gut über 2000 davon sind Kinder und Jugendliche. Seit 2017 ist Remchingen von Unicef und dem Deutschen Kinderhilfswerk als kinderfreundliche Kommune zertifiziert. Hier waren Dritt- und Viertklässler an der Planung zur Neugestaltung der Ortsmitte beteiligt. Zu den bisherigen Erfahrungen mit der Beteiligung von Kindern hören wir nun Michaela Ungerer, die in der Gemeindeverwaltung für das Thema kinderfreundliche Kommune zuständig ist.

[26:04]

NACHGEFRAGT

Michaela Ungerer: Mein Name ist Michaela Ungerer und ich bin die Kinder- und Jugendbeauftragte der Gemeinde Remchingen. Wir hatten vor circa vier Jahren unser Rathaus mal gebaut. Und um dieses Rathaus ist ein Platz entstanden, den wir neu gestalteten. Dabei war es möglich, die Spielfläche durch eine Kinderbeteiligung zu gestalten. Es kam dann auch der Vorschlag, die Grundschulen da mit ins Boot zu holen. Wir haben uns dann auch festgelegt auf die dritten und vierten Klassen. Wir haben ja als kinderfreundliche Kommune eine Steuerungsgruppe, die sich auch *kinderfreundliche Kommune* nennt. Und da sind unsere Sozialarbeiter:innen mit integriert, die dann auch mit dem Thema Beteiligung schon sehr viel anzufangen wussten. Die beiden plus eine Schulleiterin der dritten Grundschule, die wir im Ort haben, haben wir dann auf dieses Thema eingestimmt. Die konnten uns dann, mithilfe der Klassenlehrer:innen, diese Beteiligung in den Schulklassen mit moderieren. Sie haben den Kindern dann unsere Idee vorgestellt. Das Problem war nämlich, dass der Platz im Prinzip schon fertig geplant war, auch für die Spielfläche. Und deswegen haben wir gesagt, wenn wir Buchstaben gestalten lassen, also einen Schriftzug in Höhe von drei bis vier Metern, dann haben die Kinder an diesem Schriftzug ganz viele Möglichkeiten aus jedem Buchstaben ein Spielgerät zu machen. Und so haben wir ihnen die Freiheit gelassen, erstens mal den Schriftzug auszuwählen und an dem Wort dann die Spielgeräte auszugestalten. So dass wir insgesamt 28 Wortvorschläge hatten und über 400 Einzelbuchstaben. Aus dieser gesamten kreativen Menge hat sich für uns herausgebildet, was die Kinder wollen. Und das ist ihr Anliegen. Das soll auf diesem Platz entstehen. Wir sind dann wieder in die Grundschulen gegangen und haben alle Klassensprecherinnen und Klassensprecher, gemeinsam mit dem Chef des Planungsbüros, dem Ortsbaumeister und mir, in Kontakt mit den ersten Plänen gebracht und ihnen erklärt, was wir aus ihren Vorschlägen herausgezogen haben. Wir haben dann ein großes Bürgerfest in unserer Kulturhalle gemacht und alle Vorschläge, alle Pläne ausgehängt und dann wirklich alle eingeladen. Damit die Kinder auch ihren Eltern, ihren Familien vorstellen, was sie da

entworfen haben. Wir haben dann auch den Gemeinderat mit reingenommen. Die haben das dann moderiert und sich auch bei den Kindern für diese unglaubliche Ideenvielfalt bedankt. Ja, und dann haben wir tatsächlich das große Glück gehabt, ein Unternehmen zu haben, dass das wirklich umsetzen konnte. Die haben dann die Pläne finalisiert und mit diesen Plänen sind wir dann ein knappes Jahr später noch mal durch die Grundschulen getingelt und haben das noch mal konkret vorgestellt. Und das Unternehmen war dann so kreativ, zu sagen: „Wir schaffen es, das vor Ort aus dem Holz herauszuarbeiten. Und wenn ihr wollt, können die Kinder auch noch mal bei einer Baubeteiligung mitmachen.“ Und wir haben tatsächlich für über 30 Kinder die Möglichkeit geschaffen, an dieser Spielfläche mitgearbeitet zu haben. Ganz wichtig war, dass wir uns gemeinsam mit dem Gemeinderat und der Verwaltung einig waren, das zu wollen, bevor wir überhaupt diese Beteiligung auf den Weg gebracht haben. Ich kann nur jedem raten: Man sollte sich wirklich vorher Gedanken machen, was es bedeutet, Beteiligung in der Kommune zu schaffen. Egal, ob das jetzt für Kinder, Jugendliche, oder für alle Bürger ist. Es war die Kreativität der Kinder, diese Tiefe, mit der sie das Thema auch wirklich entwickelt haben. Wir haben uns eben mit diesen vielen Wortvorschlägen unendlich viel Arbeit machen müssen. Aber das wollten wir dann natürlich auch leisten. Wir würden es heute sicherlich anders machen, wenn wir sagen würden, dass das etwas schlanker gestaltet sein muss. Wir dürfen den Kindern zwar Freiheiten lassen, aber es muss auch zu bewältigen sein. Und wir würden auch noch mal klarer kommunizieren, was geht und was nicht. Das Problem war wiederum, dass die Erwachsenen nachher gesagt haben: „Ja, die Kinder haben sich ja ganz egoistisch nur für diese Spielfläche entwickelt.“ Das stimmt aber nicht. Und das war nicht gut. Wenn man eine solche konkrete Beteiligung macht, muss man den Rahmen dann auch wirklich so klar vorgeben, dass nachher so etwas nicht entstehen kann, dass die Kinder dann sozusagen in Misskredit geraten. Ja, das Engagement der Kinder. Und auch dieses Miteinander. Als sie da in den Schulen ankamen und später auch dieses große Fest in der Kulturhalle. Diese Freude, dass man ihnen das ermöglicht. Das war aber teilweise wirklich Gänsehaut-Feeling. Ja, ich bin mir sehr sicher, es gibt Kommunen, in denen Menschen jetzt gerade überlegen,

wie das denn am besten gelingt. Wenn die sich eine gute Beratung ins Haus holen und wenn sie gemeinsam an diesem Thema arbeiten, wenn sie sich bewusst werden, dass das ein langer Weg ist, aber im Klaren darüber sind, dass man Kindern damit eine unglaubliche Möglichkeit der Entwicklung schafft, Interesse an dem zu bekommen, was ihre Kommune für sie bedeutet, dann hat man einen unglaublichen Schatz.

[31:34]

Annegret Richter: Die Frage, die ich mir in diesem ganzen Prozess aber stelle, ist: Welche Rolle spielen denn die Eltern für die Beteiligung von Kindern und wie können die Eltern diese Prozesse begleiten? Oder ist es besser, wenn die Eltern sich da raushalten und Kommune, Kinder und pädagogische Betreuungseinrichtungen das alleine ausmachen?

[31:59]

Benedikt Sturzenhecker: Ich sehe ja die Eltern ebenso als Bürger:innen wie die Kinder. Und ich finde, in diesem Prozess müssen alle Beteiligten lernen, die unterschiedlichen Perspektiven erst mal kennenzulernen und aufzunehmen und die dann auch auszuhandeln. Eltern haben manchmal andere Perspektiven als ihre Kinder. Beide Perspektiven müssen aber aufgenommen werden, ebenso wie die der Verwaltung. Und es muss auch zu Aushandlungen kommen. Wir kennen das aus der Zukunftswerkstatt: Man hat am Anfang, in der Fantasiephase, ganz viele tolle Ideen. Und die muss man zusammen zu etwas klein arbeiten, was man realisieren kann. Aber die Eltern sehe ich als jemand, der sich selbst vertritt. Sie müssen ermöglichen, dass die Kinder Zugang zu demokratischer Beteiligung haben. Aber die Eltern sollen mal ihre Perspektiven einbringen und sie sollen mit ihren Kindern debattieren, wie sie denn einen Spielplatz sehen. Dann können sie zum Beispiel ihre Sicherheitsbedenken einbringen, können sagen: „Da hätten wir gerne eine Bank, damit wir auf euren Sandkasten gucken können“, und so weiter. Und sie sollen nicht aus meiner Sicht, nicht stellvertretend für die Kinder sprechen, sondern denen nur Zugang öffnen und dann mitdiskutieren und am Ende mitentscheiden.

[33:14]

Miriam Zeleke: Ich habe beim Zuhören noch mal weiter nachgedacht und finde, wenn es um die Rechte der Kinder geht und um die Beteiligungsrechte der Kinder, die Situation der Eltern ja auch ziemlich komplex. Einerseits, sind sie auch Bürger:innen, die irgendwie als Bürger:innen da eine Rolle spielen. Aber sie sind ja auch Eltern, die irgendwie sentimental mit ihren Kindern verbunden sind und die mit ihren Kindern zusammenleben und die auch sowas wie ein Familienleben gestalten müssen. Und anders als jemand, der professionell einem Kind begegnet und eben den Auftrag hat, zu beteiligen und da noch mal anders auch an die Kinder herantritt. Da muss ich sagen, finde ich die Situation für Eltern häufig auch ziemlich herausfordernd. Mein Beispiel wären jetzt nicht kommunale Beteiligungsprojekte, sondern so etwas wie die morgendliche *Wir machen uns fertig und verlassen das Haus-Situation*. Natürlich glaube ich, dass mittlerweile zu den meisten Eltern der Anspruch durchgedrungen ist, Kinder zu beteiligen, vor allem auch die jungen Kinder. Und gleichzeitig scheitern sie ja auch ein Stück weit oft an diesen Ansprüchen und Anforderungen. Auf Eltern wirkt ja nicht nur ein *ich möchte mein Kind ermächtigen, sich zu beteiligen* und *ich möchte eine qualitätsvolle interaktive Situation mit meinem Kind erleben und ohne Konflikt das Haus verlassen*. Gleichzeitig haben Eltern dann durchaus vielleicht auch nochmal die Uhr im Blick und erleben die dringende Notwendigkeit der Lohnarbeit, das Haus pünktlich zu verlassen, damit man vielleicht auch mal pünktlich auf der Arbeit erscheint. Und dem Chef kann man dann schlecht sagen: „Es war eigentlich alles gut, aber dann ging es um die Matschhose und das hat uns rausgehauen, deshalb bin ich heute zu spät...“

Annegret Richter: ... ja, klar...

Miriam Zeleke: ... und gleichzeitig weiß jeder, der sich mit Familien und Familiensituation befasst, dass das ein sehr relevantes Thema ist.

Annegret Richter: Absolut.

Miriam Zeleke: Ein bis heute ungelöstes Thema. Ich glaube, dass Eltern da durchaus auch mehr Unterstützung bräuchten. Genauso wahrscheinlich wie die Kommunen bei der Frage von *wie geht Beteiligung*. Zum einen mal zu gucken, wie wir als Familie denn da gut mit klarkommen können. Was sind

unsere Anforderungen im Alltag? Und letztlich: Wie laufen denn Priorisierungsprozesse, was hat denn jetzt hier heute Vorrang? Klar weiß ich, Kindeswohl hat Vorrang. Gleichzeitig erlebe ich auch Druck, der Chef ist sauer und so weiter und so fort. Und wie kann ich mich dann als Eltern da gut positionieren? Plus eine ganze Menge Wissen. Man wird Eltern und gleichzeitig kommt auf Eltern ja ein Riesenpaket auf die Schulter bei der Umsetzung der Kinderrechte. Schutz, Förderung und Beteiligung sind die drei Säulen, davon ist Beteiligung nur eine Säule. Und da sind auch die gebildeten Eltern oft an ihren Grenzen. Zu wissen: Wie werde ich den Ansprüchen jetzt gerecht und wie kann ich auch meinen eigenen Ansprüchen gerecht werden?

[36:03]

Annegret Richter: Sie haben es gerade angesprochen: Wir reden jetzt natürlich auch im besten Fall davon, dass die Eltern mit einem positiven Beispiel vorgehen und sich selber an Beteiligungsprozessen innerhalb der Kommune, innerhalb der Gesellschaft beteiligen, sich damit beschäftigen und das dann natürlich auch an ihre Kinder weitergeben. Dass die Kinder das spiegeln können und sich dann ebenfalls beteiligen. Wie ist das aber, wenn wir über Kinder reden, die aus gesellschaftlich benachteiligten Familien oder Gesellschaftsschichten kommen? Wie kann man die denn erreichen? Und wie kann man diesen Kindern und Jugendlichen sagen: „Ihr habt das Recht, euch zu beteiligen. Es ist gut, wenn ihr euch beteiligt, wenn ihr eure Sichtweise habt. Genau diese Befähigung, die vielleicht abhandengekommen ist. Gibt es da vielleicht positive Praxisbeispiele, die Sie nennen könnten?“

[36:47]

Benedikt Sturzenhecker: Darf ich noch mal kurz zurück auf die Elternfrage?

Annegret Richter: Sie dürfen, natürlich.

Benedikt Sturzenhecker: Frau Zeleke hat das sehr richtig gesagt. Auch die Belastung der Eltern. Ich finde, es ist eine schöne Forderung, in der Familie auch demokratisch zu kommunizieren. Und Frau Zeleke hat noch mal sehr eindrucksvoll geschildert, dass das manchmal nicht geht. Manchmal sind Eltern in Zwängen, sie müssen zur Arbeit und das Kind sagt: „Ich will aber nicht in die Kita“. Dann entsteht eine Zwangssituation. Interessant wäre, ob das

später noch mal reflektiert werden kann, ob man noch mal sagen kann: „Oh, ich habe dich heute ins Auto gezwungen und du hast geheult und rumgeschrien und ich war wütend und du warst wütend“ und so weiter. Also dass man das noch mal nacharbeiten kann. Und dann geht das alles auch im Familienalltag immer wieder schief. Das finde ich, kann man sich nur verzeihen. Das geht. Die Anforderung besteht, dass wir menschlich und demokratisch miteinander umgehen. Aber es klappt nicht immer. Kann man das wieder einholen und zusammen weiter daran arbeiten? Ich meinte vor allen Dingen, was Frau Zeleke angedeutet hat: Wenn es um Beteiligungsprojekte für Kinder geht, kann man die Eltern nicht außen vor lassen. Wenn man Kita-Kinder an der Spielplatzplanung beteiligt, dann muss man auch die Eltern dazu holen. Und da meine ich, dass dann für diese Projekte mindestens beide zu gleichberechtigten Bürger:innen werden, die dann den Spielplatz aus ihren unterschiedlichen Perspektiven aushandeln. Und jetzt zu benachteiligten Kindern und Jugendlichen, wie wir die beteiligen: Diese Möglichkeit bestünde besonders, wenn wir eben in die pädagogischen Organisationen gehen, wo diese Kinder ja sind. In der Kita finden Sie doch sehr weitgehend eine gesellschaftliche Mischung vor. Das ist manchmal nach den Stadtteilen, wenn Sie in größeren Städten sind, unterschiedlich. Aber im Prinzip sind die Kinder gemischt in den Kitas. Das heißt, Sie erreichen auch Kinder mit Benachteiligungslagen. Dann können Sie dort auf sie eingehen und sie nicht als Defizitwesen behandeln und sagen: „Huh, mit denen ist das immer schwierig.“ Sondern sie sind dann wie alle anderen Kinder auch Beteiligte, weil sie sich eben als Teil der pädagogischen Organisation einmischen können. Das finde ich immer besser, als wenn man jemandem vorab schon mal Benachteiligung zuschreibt und sich eine extra Methode ausdenkt, wie man sich denn wohl an diese Benachteiligten heranpirscht. Wie kann ich auch Kinder und Jugendliche so ernst nehmen? Aber dazu muss ich mit ihnen in ihrer Kultur sprechen, ich muss sie dort treffen, wo sie sind. In den Einrichtungen oder im Sozialraum. Und wenn man das dann tut und wenn man nicht von oben kommt und nicht mit einer Klugschweißersprache kommt, dann kann man sie sehr wohl erreichen. Und sie beteiligen sich ja auch.

[39:38]

Miriam Zeleke: Mir fällt dazu das Beispiel Kinderkonferenz ein. Wenn Kitas ein Format wie Kinderkonferenz oder Kitakonferenz initiieren und umsetzen. Da muss man als pädagogische Fachkraft ja auch sehr auf Habacht sein. Und ich finde, da hat die Frage der sozialen Ungleichheit noch gar nicht mal so vorrangig etwas zu suchen, sondern eher so die Frage von: *Wer tickt denn wie und welches Kind bringt sich denn wie ein und wie gehen denn hier die Extrovertierten an die Nummer ran und wie gehen die Introvertierten da ran?* Ich glaube, das ist dann so ein Methodenköfferchen. Hinsichtlich unterschiedlicher Formate oder Art und Weisen, mit Muggelsteinen oder mich in die Ecke stellen, je nachdem, wo ich mich hinpositioniere, um unterschiedliche Facetten und unterschiedliche Positionen entsprechend der Charaktere der Kinder auch einholen zu können. Das ist das eine, was mir dazu einfällt. Zum anderen finde ich, da steht hinsichtlich der Perspektive auf Beteiligung auch noch mal so eine besondere Verantwortung für die Erwachsenen im Raum. Es gibt eine ganz tolle Doktorarbeit von der Goethe-Universität in Frankfurt. Die hat *chillen* als Praxis der Teilhabe erforscht.

Annegret Richter: Spannend, ja.

Miriam Zeleke: Sie hat ganz viele Kinder und Jugendliche gefragt: „Wie chillt ihr denn eigentlich?“ Und hat dann so fünf Chill-Typen - zocken, shoppen, auf der Parkbank abhängen, die anderen zwei fallen mir gerade nicht ein - herausgefunden. Und für sie waren das Prozesse der Raumeignung und insofern der gesellschaftlichen Teilhabe. Das klingt für mich, wenn sie das so erklärt, ultralogisch und total nachvollziehbar. Wäre mir vorher aber nicht so eingefallen beziehungsweise hätte ich womöglich meinen Blick nicht hingewendet. Das hilft mir aber dabei, zu verstehen, dass Teilhabe und Partizipation ganz viele Facetten haben, die mir mit meinem Mittelschichtsbias nicht immer unbedingt direkt einfallen. Und *chillen* an der Stelle hat noch nicht mal ungefähr was mit Milieus zu tun, sondern eher mit kulturellen Praktiken. Ich glaube, dahin geht die Verantwortung auch noch mal, sich mehr auf den kindlichen Eigensinn einlassen zu können und auch zu müssen.

[41:50]

Benedikt Sturzenhecker: Genau, das möchte ich auch nochmal bestätigen. Das ist ganz meine Meinung. Beide Aspekte, die Sie genannt haben. In der Demokratie muss man immer auf unterschiedliche Personen eingehen. Und Unterschiedliche brauchen unterschiedliche Kommunikationsweisen, die ihrem Stil gerecht werden. Da muss man immer aufpassen, den Unterschied nicht zu einem Diskriminierungskriterium zu machen, wo man dann wieder von oben kommt.

Miriam Zeleke: Genau.

Benedikt Sturzenhecker: Und deshalb braucht man eigentlich immer wieder Übersetzungen aller mit allen. Und alle Sprachen im umfassendsten Sinn, alle kulturellen Ausdrucksweisen - wie auch das chillen -, müssen als Ausdruck wahrgenommen werden, als Botschaft an die anderen, an die Kommune, an das Gemeinwesen: Hier bin ich, darum geht es mir, das ist mein Interesse an diesem Raum. Das ist mein Interesse am Chillen. Das ist mein Interesse am Spielplatz, das ist mein Interesse am Weg in die Kita. Weil wenn das überhaupt ernst genommen wird, dass es diese unterschiedlichen Perspektiven in den unterschiedlichen Ausdrucksweisen gibt, dann befähigen wir alle in der Demokratie Beteiligten besser. Nämlich was Sie gerade eben gesagt haben: Ihre Interessen, wie zum Beispiel am Chillen, wirklich in die Debatte einzubringen.

[43:05]

Miriam Zeleke: Und das macht es doch so gewinnbringend und toll, weil es dann tatsächlich per se auch intersektional ist. Wenn man diese Perspektive einzunehmen schafft, dann stärkt man eine ganze Gesellschaft, ich sage mal von unten, aber auch insgesamt.

[43:22]

Annegret Richter: Das haben Sie schön gesagt. Da würde ich gern auch noch mal anschließen. Und dann kommen wir langsam zum Ende. Wir haben jetzt viel darüber gesprochen, dass es eben ganz unterschiedliche Ausdrucksformen gibt. Was können denn die Erwachsenen auch für ihre eigene Welt, ihre eigenen Kommunikations- und Beteiligungsprozesse von Kindern und Jugendlichen lernen? Gibt es da Dinge, wie man sozusagen auch die politische Teilhabe neu denken kann? Gibt es also auch Übersetzung zurück zu den Erwachsenen, zu den

Gemeinderäten, zu den Kommunen? Herr Sturzenhecker, gibt es von Ihrer Seite Ideen oder vielleicht auch schon Erfahrungen?

[44:02]

Benedikt Sturzenhecker: Frau Zeleke hat gerade schon gesagt, was für ein Wahnsinnspotenzial darin steckt. Im Moment wird immer wieder diskutiert, ob es eigentlich gesellschaftliche Spaltungen, Zerrissenheiten und dergleichen gibt. Es bestehen sehr starke Kontroversen. Es gibt manchmal auch mit einzelnen Gruppen Spaltungen, wo auch Leute nicht mehr miteinander diskutieren. Das spielt sich auch in der Kommune ab. Diese Projekte, die wir in der Partizipation machen, zeigen das Gegenteil. Das heißt, wenn die Unterschiedlichen mit ihren unterschiedlichen Positionen und Interessen an einer gemeinsamen Sache zusammengebracht werden, wo sie erst mal Betroffenheit spüren, dann einigen sie sich über die konkreten anstehenden Fragen. Dann ist das keine ideologische Frage. „Deine Position zur Impfung, das geht ja alles überhaupt nicht“ und dann kommen die ganzen Verschwörungstheorien und der ganze Mist. Damit hat das gar nichts zu tun. Weil es konkret wird. Zum Beispiel wo und wie man eigentlich öffentliche Klos in manchen Gegenden der Städte baut, die da unbedingt notwendig sind. Wie müssen die denn für Kinder sein, wie müssen die für Erwachsene sein und so weiter und so fort. Und wenn man an konkreten Interessen und Sachfragen arbeitet, dann entsteht plötzlich Verständigung über die erstmaligen Trennungen der Milieus hinweg. Damit besteht in dieser konkreten Demokratie von unten in den Kommunen, das ist die super Chance, solche Gegenerfahrungen allen Spaltungstendenzen entgegenzusetzen.

[45:39]

Annegret Richter: Das klingt sehr gut. Frau Zeleke, wollen Sie noch dazu etwas sagen, so als Schlusswort?

[45:44]

Miriam Zeleke: Ja, ich glaube auch, dass es eine Kunst ist, Fragen zu stellen. Wenn ich versuche, mir vorzustellen, wie es gewesen wäre, hätte ich Corona erlebt, hätte es mit Sicherheit auch etwas damit zu tun gehabt, in welcher Altersphase es mich erwischt. Wenn es mit 14 gewesen wäre, dann hätte ich gewartet, bis mittags eine Folge Alf kommt. Die hätte

ich geguckt und dann hätte ich mich den Rest der Zeit prügelnd mit meinen Brüdern beschäftigt. Heißt aber im Umkehrschluss, dass ich nichts über das Erleben junger Menschen heute weiß. Ich weiß nicht, wie das ist, heute jung zu sein und mit diesen ganzen sozialen Medien, Digitalisierung, einer sehr heterogenen Welt und so weiter, klarkommen zu müssen. Das heißt, ich kann nur Fragen stellen. Weil alles, was ich weiß, ist bestenfalls das, was ich über mich selbst weiß. Und das ist wahrscheinlich auch ein lebenslanger Lernprozess. Und insofern, glaube ich, ist es die Kunst, Fragen zu stellen und Menschen als Expert:innen ihrer Lebenswelt anzuerkennen.

[46:39]

Annegret Richter: Ganz herzlichen Dank Mirjam Zeleke. Sie ist Beauftragte für Kinder und Jugendrechte des Landes Hessen. Und auch danke an Professor Benedikt Sturzenhecker. Er leitet den Arbeitsbereich Sozialpädagogik an der Universität Hamburg. Danke, liebe Frau Zeleke und danke, Professor Sturzenhecker, dass Sie bei uns waren.

[46:59]

Benedikt Sturzenhecker: Danke auch.

[47:01]

Miriam Zeleke: Danke dito.

[47:02]

PRAXISTIPP

Annegret Richter: Wir haben es gehört: Kinder sind die Expert:innen ihrer Lebenswelt und können bereits ab neun Monaten beteiligt werden. Wenn Sie einen Beteiligungsprozess für Kinder im Kita- oder Grundschulalter planen, können Ihnen folgende Tipps helfen: Wählen Sie eine altersgerechte Methode und Sprache. Beziehen Sie dann Kinder und deren Lebensumfeld schon in die Planung des Beteiligungsprozesses selbst ein. Sehr kleine Kinder können zu Themen beteiligt werden, die sie selbst und ihr Lebensumfeld betreffen. Mit zunehmendem Alter können abstraktere Zukunftsthemen in den Blick genommen werden. Für positive Selbstwirksamkeitserfahrungen müssen sich die Kinder ernst genommen fühlen. Was nicht bedeutet, dass immer alle Wünsche eins zu eins umgesetzt werden müssen. Seien

Sie darauf vorbereitet, dass Kinder sich konstruktiver und kooperativer als Erwachsene beteiligen und jede Menge kreative und unerwartete Lösungen entwickeln. Beteiligen Sie, wenn möglich, auch die Eltern. Sie haben eine andere Perspektive, weshalb Eltern auch nicht stellvertretend für ihre Kinder deren Bedürfnisse artikulieren sollten. Vermeiden Sie zielgruppenspezifische Formate, die sich zum Beispiel nur an Kinder aus benachteiligten Familien richten. Die Kinder könnten dies als stigmatisierend empfinden. Kooperieren Sie stattdessen mit Kitas und Schulen. Dort sind meistens alle Perspektiven und Gruppen vorhanden. Sollten Sie in der Kommune auf Widerstände bei der Finanzierung von Kinderbeteiligungsprozessen stoßen, weisen sie darauf hin, Kinderbeteiligung ist kein Nice to Have, sondern ein gesetzlich verankertes Recht. Und ihr Fundament ist eine bereits funktionierende Beteiligungskultur in Familien und Bildungseinrichtungen.

Städte und ländliche Regionen, dass es hier einige Unterschiede gibt, ist kein Geheimnis. Aber wie steht es mit der Kinder- und Jugendbeteiligung? In der nächsten Episode von *Der Kommunen-Podcast, Zukunftsthemen für kommunale Gestalter:innen*, werden wir uns damit genauer beschäftigen. Und die nächste Episode wird nicht, wie gewohnt, in zwei Wochen erscheinen, sondern eine Woche später, nämlich am 18. Januar. Danach gibt es dann wie gewohnt wieder jeden zweiten Dienstag eine neue Folge zu hören. Wenn Sie die nächste Folge und alle anderen nicht verpassen wollen, dann abonnieren Sie doch am besten diesen Podcast. Das können Sie überall tun, wo es gute Podcasts gibt. Der Kommunen-Podcast ist übrigens ein Podcast von Kommune 360 Grad, eine Initiative der gemeinnützigen PHINEO gAG, der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und der Auridis-Stiftung. Und ich ganz persönlich würde mich freuen, wenn Sie beim nächsten Mal wieder dabei wären. Tschüss und auf Wiedersehen sagt Annegret Richter.

[50:07]